

Das Projekt Feminismus in naher Zukunft - eine Skizze

Christa Wichterich

Nach der Phase, in der der Feminismus auf Identitätspolitik und Anerkennung konzentriert hat, sollte er jetzt – wie Nancy Fraser sagt – auf Umverteilungspolitik refokussieren. Aus einer feministischen Kritik des neoliberalen Wirtschaftsparadigmas muss er emanzipatorische Ansätze für ein faires, bedürfnisorientiertes, geschlechtergerechtes Wirtschaften aufzeigen.

Erster Schritt ist, die gesellschaftliche Hegemonie im Denken in bezug auf Ökonomie, Arbeit und soziale Sicherheit aufzubrechen, um Visionen aufmachen zu können. Dies wird im folgenden aus zwei Blickwinkeln versucht

- 1) aus einer feministischen Perspektive, die auf Geschlechtergerechtigkeit orientiert und deren analytischer Ansatzpunkt ist, dass die neoliberale Globalisierung sich auf Grundlage internationaler und geschlechtshierarchischer Arbeitsteilung vollzieht,
- 2) aus einer internationalistischen globalisierungskritischen Perspektive, die auf globale soziale Gerechtigkeit orientiert.

Feministische Ökonomie hat immer das Ganze der Wirtschaft und das Gesamt von Arbeit, nämlich alle ihre gesellschaftlich notwendigen produktiven und reproduktiven Formen als wertschöpfend in den Blick genommen. In der neoklassischen Theorie und der marktwirtschaftlich kapitalistischen Praxis zählt nur die Arbeit, die als Lohnarbeit den Marktverträgen von Verkauf und Gewinn und den Kriterien von Effizienz, Wachstum und Konkurrenz untersteht. Arbeit, die anderen, eher moralischen Prinzipien folgt, nämlich der Vorsorge und Fürsorge, der Kooperation, Wechselseitigkeit und Solidarität wird aus der Ökonomie ausgegliedert und als unproduktiv abgewertet. Die Versorgungsrationalität von Arbeit wird von der Effizienzrationalität von Arbeit abgespalten. Trotzdem wird unbezahlte und ehrenamtliche Sorge-, Subsistenz- und Reproduktionsarbeit als quasi natürliche und unendliche dehnbare Ressource für das Funktionieren der Wirtschaft vorausgesetzt – wie auch die natürliche Umwelt und die Selbstregenerierung natürlicher Ressourcen.

Das hat zum einen die Zerstörung der moralischen oder solidarischen Formen von Ökonomie zur Folge, zum anderen die Entbettung der Ökonomie aus den sozialen Bezügen, zum dritten eine Externalisierung von sozialen und ökologischen Kosten aus der Marktökonomie.

Die Kosten und Schäden, die die Ökonomie durch Nutzung von unbezahlter Sorgearbeit und der Natur verursacht, erscheinen nicht in den kapitalistischen Kalkülen. Sie bleiben versteckt und werden externalisiert. Sie werden aus dem Markt verschoben in die Umwelt, wo sie sich als Naturzerstörung oder Klimawandel manifestieren, oder in die Privathaushalte, wo sie von den Individuen, in der Mehrzahl von Frauen durch unbezahlte Mehrarbeit, vor allem Sorgearbeit geschultert werden. Auch die Sorgeverantwortung, die soziale Sicherheit und die Krisen, die das System in seiner Widersprüchlichkeit produziert, werden ins Private hinuntergeladen und dort der „Eigenverantwortung“ überlassen. Dadurch findet neoliberaler Paradigmenwechsel statt: Das Solidarprinzip, das bisher individuelle und gesellschaftliche Risiken aufgefangen hat, wird ersetzt durch eine Privatisierung des Risikos und eine Individualisierung der Versorgung und der Verantwortung.

Wenn Schäden und Kosten aus dem Wirtschaftsprozess ausgelagert werden, wird auf Kosten anderer gewirtschaftet. Dies geschieht z.B. wo mit jeder Melone Bodenfruchtbarkeit und Wasser von den Feldern des Südens in die Supermärkte des Nordens exportiert werden, oder wo Pflege- und Sorgearbeit an Kranken und Alten vom bezahlten Arbeitsbereich in den unbezahlten oder schlecht bezahlten Arbeitsbereich meist von Frauen verlagert wird. Wo die einen – Länder, Wirtschaftssektoren, Unternehmen, Leistungseliten – effizienter auf Kosten

anderer wirtschaften, ist dies strukturell ungerecht und muss zu immer neuen sozialen Ungleichheiten führen.

Aus einer feministischen Perspektive gilt es, den Zusammenhang zwischen der geschlechtshierarchischen Arbeitsteilung und der internationalen Arbeitsteilung in der Produktion und Reproduktion zu entschlüsseln. Feministische Kritik muss die „Sachzwänge“ des globalen Marktes und neoliberaler Politik wie z.B. Kostenexternalisierung und Krisendownloads mit den Veränderungen der Mikroebene der Arbeitsverhältnisse, sozialer Reproduktion und Geschlechterverhältnisse in Beziehung zu setzen. Aufgrund der neoliberalen Globalisierung können weder die Krise von Arbeit und sozialer Reproduktion noch ihre Lösung in einem nur national-staatlichen Rahmen gedacht werden. Hierzu gehört vielmehr eine globalistische weltbürgerliche Perspektive. Dabei muss die Kritik der Herrschaftsverhältnisse auf den Märkten und in den Verteilungsmechanismen und die Entwicklung von Alternativen an den Rändern ansetzen, bei den VerliererInnen, den Marginalisierten, den MigrantInnen, den Frauen, den Indigenen, dem globalen Süden.

Wiederherstellung der fordistischen Sozial- und Wohlfahrtsstaatlichkeit ist aus einer feministischen und internationalistischen Perspektive weder wünschenswert noch möglich, weil das Wohlstands- und Konsumniveau der Mittelklassen im globalen Norden nur auf Kosten des Südens und der Umwelt möglich ist und deshalb nicht verallgemeinerbar ist. Ebenso wenig ist Vollbeschäftigung wiederherstellbar, zum einen weil aufgrund der Produktivitätssteigerung und der technologischen Entwicklung immer weniger Arbeitskräfte benötigt werden, um immer mehr Güter zu produzieren, zu handeln und Dienste zu leisten. Zum anderen aber weil Vollbeschäftigung des weißen Ernährermannes auf Kosten seiner unbezahlt Sorgearbeit leistenden und aus dem Erwerbsmarkt ausgegrenzten oder marginalisierten „Hausfrau“ ging.

Es geht um eine Repolitisierung der Ökonomie, von Arbeit und sozialer Sicherheit aus feministischer Perspektive. Dabei rückt die Verteilungsfrage als mehrdimensionale Frage ins Zentrum, denn es geht nicht nur um die Verteilung von Lohnarbeit und unbezahlter Arbeit, sondern auch um die Verteilung von Ressourcen, Einkommen, Wertschätzung, Zeit und natürlich Macht.

Wir wissen, dass es kein universelles Rezept und keinen Königinnenweg in die richtige Richtung geben kann, sondern ein je lokal spezifisch sortiertes Paket von Bauelementen, die folgendes einschließen sollten:

1) Aus feministischer Sicht hatte die Forderung nach Umverteilung von Arbeit stets mehrere Dimensionen, nämlich eine quantitative Neuverteilung und eine qualitative Neubewertung von bezahlter und unbezahlter, marktförmiger und sorgeorientierter Arbeit. Eine solche Umverteilung und Umbewertung von Arbeit müsste demokratisch ausgehandelt werden, zwischen den AkteurInnen auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene.

2) Eine nicht-neoliberale Wirtschaft muss das Soziale, die Vorsorge, die soziale Reproduktion von Anfang an integrieren. Das Wirtschaften muss wieder in die sozialen Zusammenhänge eingebettet werden und dem Zweck der Bedürfnisbefriedigung und sozialen Sicherung dienen, statt an eine profitorientierte, auf Ungleichheit aufbauende Wirtschaft soziale Auffangnetze anzuhängen. Diese soziale Wiedereinbettung ist ein Element der Remoralisierung von Wirtschaft: Versorgung statt Profit, Kooperation statt Konkurrenz. Das kann nur durch eine bürgerschaftliche Demokratisierung der Wirtschaft geschehen, die zum einen das Soziale, sprich: soziale Verantwortung und Kooperation neu erfindet und lebt, und zum anderen darauf orientiert, die internationale und geschlechtsspezifische Arbeitsteilung und auch die Ressourcen- und Wohlstandsverteilung wiederanzueignen. Dies ist eine Gegenprinzip zu der Tendenz, alle Lebensbereiche wie auch das Öffentliche und das

Gemeinwohl durch Privatisierung z.B. des Gesundheits- und Bildungswesens dem Markt zu übergeben.

3) Dazu gehört auch eine Repolitisierung des Konsums (nicht nur des Energiekonsums).
Wieviel Konsum, wie viel Ressourcen brauchen wir für ein gutes Leben?

4) Der Kampf von Frauenbewegungen und Frauenpolitiken für ein bedingungsloses Recht auf Rechte als vollwertige Bürgerinnen muss ausgeweitet werden zu einem Kampf für ein bedingungsloses Recht auf Rechte jenseits von Staatsbürgerlichkeit, damit es als weltbürgerliches Konzept MigrantInnen nicht länger ausschließt.

Der Feminismus sollte in den entsprechenden Diskursen und politischen Auseinandersetzungen eine denkführende Rolle übernehmen und emanzipatorische Ansatzpunkte für eine gerechtere solidarische Ökonomie identifizieren, die sich nicht über soziale und Geschlechterungleichheit vermittelt und in Ungerechtigkeit resultiert, sondern globale soziale Gerechtigkeit zum handlungsleitenden Ziel des Wirtschaftens macht.